

## Zum Verhältnis von Macht und Arbeitslosigkeit: Marxistische, keynesianische und neoklassische Perspektiven

1. Einleitung	136
2. Funktion der Arbeitslosigkeit bei Marx	137
3. Funktion der Arbeitslosigkeit aus postkeynesianischer Sicht (Kalecki)	141
4. Funktion der Arbeitslosigkeit aus neoklassischer Sicht	143
5. Zwischenfazit: Zwei Effekte der Arbeitslosigkeit	146
6. Entwicklung von Lohnquote und Arbeitslosigkeit	149
7. Fazit	152

*Philipp  
Haunschmid*

*Referent für Sozial-  
und Wirtschaftspolitik  
AK OÖ*

*Dennis  
Tamesberger*

*Referent für  
Arbeitsmarktpolitik  
der AK OÖ*

**Auszug aus WISO 1/2017**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

## 1. Einleitung

Im achten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise ist Massenarbeitslosigkeit nach wie vor in vielen Europäischen Ländern vorherrschend. In Summe sind fast 25 Millionen Menschen in der Europäischen Union ohne Arbeit. Rund die Hälfte davon ist langzeitarbeitslos (länger als 12 Monate), was weitreichende negative Folgen für die Betroffenen, für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung haben kann (siehe dazu u.a. Arulampalam 2001; Bell/Blanchflower 2011; Gregg 2001; Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975 [1933]). Die wirtschaftspolitischen Antworten konzentrieren sich jedoch primär auf die strikte Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und eine Züchtigung der Mitgliedstaaten durch Austeritätspolitik (Heise 2015). Gleichzeitig ist eine rasche Zunahme ungleicher Einkommensverteilung seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise beobachtbar (Feigl et al. 2012). Es drängt sich somit die Frage auf, warum die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, oder anders ausgedrückt Vollbeschäftigung, kein prioritäres wirtschaftspolitisches Ziel ist. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren ging Kalecki (1943) dieser Frage nach und gab eine klassentheoretische Antwort. Die politischen Folgen der Vollbeschäftigung würden, so Kalecki, in den Augen der Unternehmen einen Verlust an Macht und Kontrolle bedeuten. Arbeitslosigkeit ist für Unternehmen auch ein Druckmittel in den Verhandlungen um Löhne. Bei Vollbeschäftigung würde damit ein wichtiges Instrument in der Durchsetzung dieser Interessen verloren gehen. Gleichzeitig haben Machtverhältnisse selbst auch Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosigkeit. Es kann daher von einer wechselseitigen Beziehung zwischen politökonomischen Machtverhältnissen und der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden.

*Vollbeschäftigung als politisches Ziel?*

In dem vorliegenden Artikel werden wir an Kalecki anknüpfen und die Ansichten von Marx und neoklassischen Theoretiker/innen gegenüberstellen. Im Zentrum dieses Aufsatzes soll die Frage stehen, welcher funktionale Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Machtverhältnissen besteht und ob sich in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit Kürzungen von Löhnen leichter durchsetzen lassen?.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Beginnend mit der Sichtweise von Marx (Kapitel 2) folgen anschließend Darstellungen der

Theorie von Kalecki als postkeynesianische Perspektive (Kapitel 3) und neoklassischer Theorien (Kapitel 4). Das Kapitel 5 soll ein Zwischenfazit darstellen, indem Parallelen und Unterschiede der dargestellten Denkschulen in Bezug auf die aufgeworfenen Forschungsfragen herausgearbeitet werden. Anschließend wird empirisch untersucht, inwieweit Phasen hoher Arbeitslosigkeit mit Machtverschiebungen zwischen Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen einhergehen. Untersucht werden EU-Länder (EU-15) im Zeitraum 1960–2015. Wir verbleiben hier auf einer rein deskriptiven Ebene, die zu weiteren, vertiefenden empirischen Arbeiten anregen soll.

## 2. Funktion der Arbeitslosigkeit bei Marx

Anders als in der – weiter unten angedeuteten – heilen Welt der Neoklassik sind ökonomische Prozesse, nach einer Marx'schen Lesart, von grundlegenden Konflikten gekennzeichnet. Es stehen sich dabei nicht freie Subjekte gegenüber, die aus beidseitigen Vorteilen heraus tauschen und so auch letztlich die Teilnahme am Arbeitsprozess begründen, sondern die Rolle von Machtverhältnissen spielt hier eine zentrale Rolle. Für die Akkumulation des Kapitals, also den Prozess der Aneignung des Mehrwerts und damit schlussendlich des Wachstums des Kapitals, ist es notwendig, Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorzufinden. Dafür bedarf es, in der berühmten Formulierung von Marx, „doppelt freie Arbeiter/innen“ (MEW 23: 181ff.). Diese müssen in einem rechtlichen Sinne frei sein, das heißt, sie müssen dazu fähig sein, selbstständig Arbeitsverträge abzuschließen, und gleichzeitig frei von Eigentum sowie frei von Produktionsmitteln sein. Unter dem Klassenbegriff versteht Marx diese soziale Konstellation: Eine doppelt freie Arbeiter/innenklasse, die dazu gezwungen ist, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, trifft auf eine Klasse, die Produktionsmittel besitzt. Da die Arbeiter/innen eben auch frei von Produktionsmitteln sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen und sich dabei der Kontrolle der Kapitalist/innen zu unterwerfen (Subsumtion der Arbeit unter das Kapital). Als Entschädigung erhalten sie dafür den Lohn. Die Arbeitskraft wird, wie jede andere Ware, nach ihrem Wert bezahlt. Im Fall der Arbeitskraft ist dies der Wert, der zu ihrer Reproduktion nötig ist. Dies ist, wie auch Marx betont, kulturell verschieden und keineswegs fixiert. Es gilt

*die Ware  
Arbeitskraft*

kein Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit

aber in jeder kapitalistischen Ökonomie, dass der Lohn nur so hoch ist wie der Wert der Arbeitskraft und nicht so hoch ist wie das von den Arbeiter/innen produzierte Wertprodukt (Heinrich 2005: 94). Die Aneignung und Vermehrung des Mehrwerts, die Ausbeutung, ist das Ziel kapitalistischer Produktion. Für Marx war es offensichtlich, dass im Laufe kapitalistischer Entwicklung Arbeitslosigkeit entsteht. Dies liegt in den Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals – durch technologische Gründe, Konzentrations- und Zentralisationstendenzen des Kapitals etc. – begründet.

*„Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Surplus-Arbeiterbevölkerung.“ (MEW 23: 658)*

„industrielle Reservearmee“

Zwar wird durch die voranschreitende Akkumulation auch tendenziell mehr Arbeitskraft nachgefragt, um eine größere Menge an Gütern zu produzieren, gleichzeitig wird aber durch technologische Veränderungen Arbeitskraft überflüssig. Der überflüssig werdende Teil der Arbeiter/innenbevölkerung findet auf dem Markt keine Abnehmer für ihre Arbeitskraft und wird von Marx als „industrielle Reservearmee“ bezeichnet. Marx nimmt nun an, dass diese Reservearmee tendenziell immer größer wird (Heinrich 2005: 126f.). Heinrich (2005) merkt hierbei an, dass Marx zwar annimmt, dass diese immer größer werde, dies aber nicht streng begründen kann. Zentral ist allerdings hier die von Marx vertretene These, dass Arbeitslosigkeit ein notwendiges Element im Kapitalismus sei und für diesen auch eine Funktion erfülle:

*„Wenn die Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation (...) ist, wird diese Surpluspopulation umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine dispositive industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eignen Kosten großgezüchtet hätte.“ (MEW 23: 661)*

Eine Reservearmee ist also notwendiges Produkt und gleichzeitig Voraussetzung der Produktion. Damit wird auch von Marx der Druck

einer bestehenden Reservearmee auf die aktuell Beschäftigten deutlich gemacht, da sich auch die Schwankungen des Lohns nach der Größe der Reservearmee richten<sup>1</sup>. Damit lassen sich nach Marx mehrere Effekte der Arbeitslosigkeit identifizieren:

1. Die Größe der Reservearmee übt einen negativen Druck auf die Löhne aus.
2. Marx sieht bereits einen disziplinierenden Effekt der Arbeitslosigkeit, der es den Kapitalist/innen ermöglicht, größeren Mehrwert aus der bestehenden Beschäftigung zu generieren:

*„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die ersten ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“ (MEW 23:665)*

3. Gleichzeitig stellt die Reservearmee einen Pool aus Arbeitskräften dar, auf den im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann. Werden z.B. neue Absatzmöglichkeiten geschaffen und muss dafür die Produktion ausgeweitet werden, bedarf es neuer Arbeitskräfte, die sich bei Vollbeschäftigung schwieriger finden lassen würden (Heinrich 2005: 126f.).

Vollbeschäftigung ist demnach eher Ausnahme als die Regel und Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital spiegeln auch diese Beziehung wider. Generell sind Fragen nach Machtverhältnissen grundlegend für die Marx'sche Theorie. Schon vor dem Zustandekommen eines Arbeitsvertrags spielen Machtverhältnisse eine Rolle, da es ja die spezifische soziale Konstellation ist, die die Arbeiter/innen überhaupt in die Situation bringt, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Für unsere Frage nach dem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und den Machtverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital lässt sich Folgendes festhalten: Die Höhe der Arbeitslosigkeit übt einen negativen Druck auf die Löhne aus und ermöglicht so höhere Mehrwertraten für das Kapital (Pacitti 2011). Gleichzeitig hat sie eine disziplinierende Wirkung auf die Beschäftigten und erleichtert so die Kontrolle während der Produktion. Daneben hat die Arbeitslosigkeit auch die Funktion einer Reserve, auf die bei einer Ausdehnung der Produktion schnell zugegriffen werden kann. Die Kapitalist/innen haben allerdings,

*disziplinierende  
Wirkung der  
Arbeitslosigkeit*

so Marx, durchaus ein Interesse daran, dass die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht zu dramatisch werden (Heinrich 2005: 129). Zum einen muss auch während der Arbeitslosigkeit die Arbeitskraft erhalten bleiben, um sie bedarfsweise einsetzen zu können, zum anderen dürfen die Verhältnisse nicht so elend werden, dass die herrschende Ordnung delegitimiert wird. An diese Idee knüpft die – in den 1920er Jahren populäre – „Verelendungstheorie“ an (Heinrich 2005: 127). Dieser zufolge wird eine politische Ordnung instabil und die Arbeiter/innenschaft potentiell revolutionär, wenn die sozialen und ökonomischen Verhältnisse sich dramatisch verschlechtern. Im Sinne der Machtposition des Kapitals muss also ein Ausgleich geschaffen werden zwischen der Tatsache, dass Arbeitslosigkeit existieren kann, sich die Verhältnisse der Arbeitslosen allerdings nicht so dramatisch verschlechtern, dass die gesamte Ordnung ins Wanken gerät.

*Macht und  
Kontrolle*

Während der ursprünglichen Akkumulation war die Ausübung von Macht und Gewalt offensichtlich. Ein Spezifikum moderner kapitalistischer Verhältnisse ist aber auch die Verwandlung persönlicher Abhängigkeiten in abstrakte. Damit erscheinen soziale Konstellationen als „natürlich“ und damit stehen Arbeiter/innen nicht mehr unter der direkten persönlichen Kontrolle wie z.B. unter der Leibeigenschaft, sondern unter der Kontrolle von Sachzwängen. Damit werden Machtverhältnisse zwar verschleiert, sie sind aber immer noch von zentraler Bedeutung. Auch so in Bezug auf die Arbeitslosigkeit und die Macht der Kapitalist/innen über die Arbeiter/innen:

*„Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit, und daher den Arbeitslohn, in einem dem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.“ (MEW 23: 765)*

Neben den abstrakten Funktionen von Macht soll abschließend noch einmal auf die disziplinierende Funktion der Arbeitslosigkeit zurückgekommen werden, die eben auch Marx bereits betont hat und die für die Organisation der Arbeit im Kapitalismus von

zentraler Bedeutung ist. Auf dem Markt können die Kapitalist/innen lediglich den Anspruch auf Arbeitskraft erwerben, während es der Organisation im Unternehmen obliegt, diese letztendlich in Mehrwert zu verwandeln. Diese Frage wird in der Literatur als „Transformationsproblem der Arbeit“ und im englischsprachigen Raum als „labour process theory“ behandelt (Braverman 1974, Burawoy 1979). Die Arbeitslosigkeit spielt in diesem Zusammenhang für Marx eine entscheidende Rolle, da sie Druck auf die Beschäftigten ausübt, diese diszipliniert und so dem Kapital eine effizientere Organisation der Produktion ermöglicht.

*Organisation  
der Arbeit*

### **3. Funktion der Arbeitslosigkeit aus postkeynesianischer Sicht (Kalecki)**

Michael Kalecki scheint dogmengeschichtlich nicht eindeutig zuordenbar zu sein. Zum einen haben Keynes und er fast gleichzeitig und unabhängig voneinander dieselbe Lösung für das Arbeitslosigkeitsproblem – nämlich die effektive Nachfrage – theoretisch begründet. In seiner Theorie der effektiven Nachfrage integriert er sowohl die Preisbildung als auch die Verteilung und gilt somit als Begründer einer wichtigen Strömung im Postkeynesianismus. Ähnlich wie Keynes betont Kalecki die Wichtigkeit von Investitionen, die aufgrund des Multiplikators die Wirtschaft antreiben (Riese 2016). Auf der anderen Seite durchdringt die Theorie von Kalecki eine Klassenanalyse, die ihn von Keynes deutlich abgrenzt und eher auf Marx fußt (Davidson 2000). Oder mit den Worten Rugithskys (2013: 448) ausgedrückt, kann Kalecki als „radical incarnation“ von Keynes verstanden werden. Zur Beantwortung der Forschungsfragen ist es aber genau diese Kombination, die Kalecki für uns besonders hilfreich macht. Wie einleitend erwähnt, stellt sich Kalecki (1943) die herausfordernde Frage, warum Unternehmen so starken Widerstand gegen staatliche Vollbeschäftigungsprogramme leisten, obwohl es eine plausible Annahme ist, dass von der Vollbeschäftigung nicht nur die Arbeitnehmer/innen, sondern auch die Unternehmen profitieren. Er beantwortet diese Frage mit einem Unbehagen der Unternehmen in drei Bereichen (Kalecki 1987: 235):

1. Ein Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungssystemproblem an sich.
2. Ein Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben.
3. Ein Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die mit anhaltender Vollbeschäftigung einhergehen.

*Unbehagen der  
Unternehmer/  
innen gegenüber  
Vollbeschäftigung*

*Verlust von  
Macht bei Voll-  
beschäftigung*

Bei allen drei Bereichen verortet Kalecki einen gewissen Machtverlust der Unternehmen, der dieses Unbehagen auslöst. Bei ersteren ist der Hintergrund, dass in einer „Laissez-faire“-Wirtschaft das Beschäftigungsniveau wesentlich von den privaten Investitionen und somit vom Vertrauensklima abhängt. Damit haben Unternehmen eine „indirekte Kontrolle“ über den Staat, da sie für die privaten Investitionen entscheidend sind und an den Staat appellieren, alles zu vermeiden, was dieses Vertrauensklima gefährden könnte. Ist nun der Staat in der Lage, selbst das Beschäftigungsproblem zu lösen, z.B. durch öffentliche Investitionen, verlieren die Unternehmen diese Macht der „indirekten Kontrolle“. Im zweiten Bereich geht es um die prinzipielle Ansicht, dass der Staat nicht in Konkurrenz mit privatwirtschaftlichen Aktivitäten stehen soll. Der dritte Punkt scheint jedoch stärker den Kern unserer Fragestellung zu treffen und deckt sich mit den anderen hier angeführten Denkschulen. Kalecki schreibt der Arbeitslosigkeit ein ganz klare Disziplinierungsfunktion zu, durch die Arbeitgeber/innen eine gestärkte Machtposition zu erhalten und somit leichter ihre Interessen gegenüber den Arbeitnehmer/innen durchzusetzen. Er beschreibt es wie folgt:

*„In einem Zustand permanenter Vollbeschäftigung nämlich würde die Kündigung aufhören, als Disziplinierungsmaßnahme eine Rolle zu spielen. Die soziale Position des Chefs würde unterminiert, und gleichzeitig würden in der Arbeiterklasse Selbstsicherheit und Klassenbewusstsein wachsen. Streiks zur Erreichung höherer Löhne und verbesserter Arbeitsbedingungen würden politische Spannungen schaffen.“ (Kalecki 1987: 237)*

Die Motivation des Widerstandes gegen Vollbeschäftigung geht jedoch bei Weitem über die primäre Interessensdurchsetzung hinaus. Kalecki schreibt den Arbeitgeber/innen bzw. den Kapitalisten ein Klassenbewusstsein oder einen Habitus zu, der sie grundsätzlich darin hindert, für eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik zu sein.

„... von den Mächtigen der Wirtschaft [werden] ‚Arbeitsdisziplin‘ und ‚politische Stabilität‘ höher bewertet als Profite. Der Klasseninstinkt sagt ihnen, daß [sic] permanente Vollbeschäftigung von ihrem Standpunkt aus ‚ungesund‘ ist und daß [sic] Arbeitslosig-



keit einen integralen Bestandteil der normalen kapitalistischen Wirtschaft darstellt.“ (Kalecki 1987: 238)

Vor diesem Hintergrund geht Kalecki davon aus, dass in einer Phase anhaltender Vollbeschäftigung Arbeitgeber/innen Druck auf die politischen Entscheidungsträger/innen ausüben um Staatsausgaben und Budgetdefizite zu reduzieren. In weiterer Folge wird dadurch die Konjunktur einbrechen und die Arbeitslosigkeit steigen, was Kalecki (1987: 241) als „politischen Konjunkturzyklus“ bezeichnet. Die Parallelen zu Marx (Kapital 2) werden offensichtlich. Bei Kalecki hat Arbeitslosigkeit ebenfalls die Funktion, bestehende Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital zu erhalten (Pacitti 2011). Hierbei spielt der Monopolgrad einer Wirtschaft eine zentrale Rolle. Kalecki (1965 [1991]) verweist auf einen Zusammenhang zwischen dem Monopolgrad und der Einkommensverteilung einer Wirtschaft. Je höher der Monopolgrad, desto höher sind die Gewinne von Unternehmen und entsprechend niedriger wird die Lohnquote sein. Kalecki sieht starke Gewerkschaften in der Lage den Monopolgrad zu beschränken oder zu reduzieren, indem sie höhere Lohnsteigerungen gemäß den Profiten durchsetzen. Ohne starke Gewerkschaften fehlt dieses Regulativ. Der Monopolgrad stellt darüber hinaus auch eine Ursache der Arbeitslosigkeit dar, weil dieser die Einkommensverteilung und somit den Konsum als eine der wichtigsten Komponenten der aggregierten Nachfrage beeinflusst. Bezeichnend für diese Sichtweise ist seine berühmte Aussage: „Capitalists earn what they spend, and workers spend what they earn.“

*starke  
Gewerkschaften  
notwendig*

#### **4. Funktion der Arbeitslosigkeit aus neoklassischer Sicht**

Lange Zeit wurde in neoklassischen Modellen angenommen, dass sowohl die Lohn- als auch die Gewinnquote über die Zeit konstant bleiben. Niederschlag findet das unter anderem in den sogenannten „Kaldor Facts“, eine Sammlung von sechs Fakten von Nicolas Kaldor, die 1961 den damaligen Wissensstand über Wirtschaftswachstum darstellen sollten (Romer/Jones 2009). Die Feststellung, dass die Lohnquote über die Zeit konstant bleiben sollte, wurde auch in zahlreiche Lehrbücher übernommen<sup>2</sup>. Heute stellen Löhne in den meisten neoklassischen makroökonomischen Modellen ein Verhandlungsergebnis zwischen Interessensgrup-

*Verhandlungsposition schwächer bei hoher Arbeitslosigkeit*

pen dar, womit Machtverhältnisse eine Rolle spielen. Die Stärke der Gewerkschaften ist dabei eine zentrale Variable, die negativ von der Arbeitslosenquote abhängt. Dahinter steht die Logik, dass bei einer hohen Arbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schlechter ist und dass dadurch niedrigere Löhne verhandelt werden. In dem sehr einfachen, aber in den meisten einführenden Lehrbüchern (siehe u.a. Blanchard 2009, Mankiw 2005) gelehrt AS-AD-Modell kommt dies in der Lohnsetzungsfunktion zum Ausdruck. In dieser Funktion hängt der Lohn negativ von der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ab. Während in den einführenden Makromodellen die Rolle der Verhandlungen einfach gehalten wird, gibt es eine große Zahl spieltheoretischer Arbeiten über Verhandlungen und deren potentielle Ausgänge (z.B. Rubinstein 1990). Besonders zur Erklärung der Arbeitslosigkeit werden suchtheoretische Modelle des Arbeitsmarktes verwendet. In diesen ergibt sich durch Friktionen im Zustandekommen eines *matches*, also einer Übereinkunft zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitssuchenden, Arbeitslosigkeit. Gelingt ein *match*, müssen beide Parteien über die entstandene lokale Monopolrente verhandeln. Auch in diesen Modellen (z.B. Pissarides 2000) hängt die Verhandlungsmacht der Arbeitssuchenden von den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab. Sind diese schlecht, ist auch die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer/innen schlechter und dadurch können diese keine höheren Löhne fordern. Auch hier wirkt sich eine hohe Arbeitslosigkeit also negativ auf die Verhandlungsmacht aus. Die Neoklassik wirft zwar Machtfragen auf, begreift diese aber nicht in einem fundamentalen Sinn, wie dies in anderen Theorien der Fall ist (Beispiele dafür sind eben Marx oder Kalecki).

*in der Neoklassik Machtverhältnisse nicht ausreichend behandelt*

Darauf verweist auch Rothschild (2002), der nahezu in seiner gesamten wissenschaftlichen Karriere der Frage nach Machtverhältnissen nachging (Altzinger 2011: 53ff.). In Bezug auf neoklassische Traditionen diagnostiziert er einen eingeschränkten, und seiner Meinung nach nicht ausreichenden, Umgang mit dem Phänomen Macht. Oberflächlich betrachtet, befassen sich neoklassische Theorien sehr wohl mit Machtfragen, dies aber in einem sehr speziellen Sinn. Geht es um Macht, dann ist in der Regel von zwei Erscheinungsformen die Rede: erstens von Marktmacht in unvollkommenen Märkten, also zum Beispiel, in welchem Ausmaß Unternehmen durch Marktkonzentration höhere Preise

setzen können, und zweitens von der bereits erwähnten Verhandlungsmacht verschiedener Gruppen. Macht wird allerdings nicht in einem grundlegenden Sinn, nicht in ihrer umfassenden Bedeutung für soziale Systeme, verstanden. Dies könne, so Rothschild, dadurch gerechtfertigt werden, wenn angenommen wird, dass Macht für den eigentlichen Gegenstand der Ökonomie keine Rolle spielt und Machtfragen ausschließlich von soziologischer/psychologischer/politikwissenschaftlicher Bedeutung sind (Rothschild 2002: 434). Selbst wenn angenommen wird, dass ökonomische Prozesse, und damit der Gegenstand der Ökonomie, das Ergebnis unkoordinierter Optimierungsprozesse einzelner Haushalte/Unternehmen sind, bleibt fraglich, ob dies durch eine Reduktion von Macht auf die bereits angesprochenen Punkte hinreichend erklärt werden kann. Für Rothschild ist das nicht der Fall und er sieht die Gründe für das Fehlen von Machtverhältnissen tief in den Wurzeln der ökonomischen Theorie und speziell ihrer Methodik (Rothschild 2002: 434ff.).

Für neoklassische Theorien stellt sich zuallererst die Frage, warum es überhaupt Arbeitslosigkeit gibt. In einem Gleichgewicht sollten sich Preise dementsprechend anpassen, dass alle Märkte, ebenso der Arbeitsmarkt, geräumt werden. In einem wegweisenden Artikel gehen Shapiro und Stiglitz (1984) dieser Frage nach und entwickeln ein Modell, in dem Arbeitslosigkeit durch die besondere Beziehung von Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen begründet wird. Sie können dadurch zeigen, dass Arbeitslosigkeit auch in einem Gleichgewicht entstehen kann, und bilden damit einen zentralen Baustein in der Debatte um „Effizienzlöhne“, jener Theorie, die sich eben mit der Frage beschäftigt, warum die Löhne nicht auf ein markträumendes Niveau fallen. Letztendlich liegt darin auch die Begründung der Arbeitslosigkeit, die Löhne sind zu hoch und Unternehmen fragen nicht in jenem Umfang Arbeit nach, dass der Markt geräumt wäre. Das in unserem Sinne Interessante an dieser Theorie ist, dass die Arbeitslosigkeit eine bestimmte Funktion für die Beziehung zwischen Unternehmen und Arbeiter/innen hat, nämlich eine, durch die Macht ausgeübt werden kann.

*Löhne und  
Arbeitslosigkeit*

Ausgehend von Vollbeschäftigung bei markträumenden Löhnen würde, so Stiglitz und Shapiro, jede/r Arbeitnehmer/in, die/der ihren/seinen Job verliert, sofort wieder einen neuen finden können.

*Drohung des  
Jobverlusts wirkt  
disziplinierend*

Dadurch gibt es, vereinfachend ausgedrückt, keinen Anreiz, mit vollem Einsatz zu arbeiten. Bei unvollständigen Verträgen, wie es Arbeitsverträge typischerweise sind, und fehlenden kompletten Kontrollmöglichkeiten der Unternehmensführung werden die Arbeitnehmer/innen sich vor der Arbeit „drücken“<sup>3</sup> und nicht vollen Einsatz leisten (Shapiro/Stiglitz (1984: 433)). Für eine/n Arbeitnehmer/in stellt sich folgendes Problem: Es verursacht mehr Kosten, sich mit vollem Einsatz der Arbeit zu widmen, als dies nicht zu tun. Gleichzeitig wird angenommen, dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit existiert, erwischt zu werden, wenn man sich drückt. Diese Wahrscheinlichkeit entspricht den Möglichkeiten des Managements, die Einhaltung der Arbeitsprozesse zu kontrollieren. Wird jemand erwischt, verliert sie/er den Job und erhält statt dem Lohn Arbeitslosengeld, das typischerweise niedriger ist. Für die Unternehmen bedeutet das, dass die Arbeitslosigkeit eine disziplinierende Wirkung auf die Arbeitsmoral hat. Wie groß diese ist, hängt von der abschreckenden Wirkung der Arbeitslosigkeit ab. Bei Vollbeschäftigung, und damit markträumenden Löhnen, ist diese Wirkung nicht vorhanden. Es gibt daher für die Unternehmen einen Anreiz, höhere Löhne zu zahlen um den Arbeitsplatzverlust möglichst „schmerzhaft“ zu machen. Ist der Unterschied zwischen Arbeitseinkommen und Arbeitslosengeld groß, ist eben auch der Verlust des Arbeitsplatzes mit größeren Einbußen verbunden. Dadurch, dass die Löhne über dem markträumenden Niveau liegen, sinkt die Nachfrage nach Arbeit und Arbeitslosigkeit entsteht. Durch diese finden auch Arbeitslose weniger schnell einen neuen Job und so kann die Arbeitslosigkeit ihre disziplinierende Wirkung entfalten. So wirkt, wie auch der Titel des hier besprochenen Aufsatzes beschreibt, „Equilibrium Unemployment as a Worker Discipline Device“. Bei Jobverlust droht die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen und wirkt auf die Beschäftigten disziplinierend in einem engen Sinn.

### **5. Zwischenfazit: Zwei Effekte der Arbeitslosigkeit**

Die vorangegangenen Kapitel verdeutlichen, dass in Bezug auf die Implikationen der Arbeitslosigkeit die Theorien sowohl Parallelen als auch deutliche Unterschiede aufweisen. In allen drei Theorien wird auf den Disziplinierungseffekt der Arbeitslosigkeit hingewiesen (Marx/Kalecki/Stiglitz/Shapiro), womit Einigkeit bei

sehr unterschiedlichen Theorien herrscht. Im Gegensatz zur Neoklassik sehen Marx und Kalecki Arbeitslosigkeit als einen systemimmanenten Bestandteil des Kapitalismus, der eine fundamentale Funktion ausübt. Pollin (1998: 5f.) bringt diese Funktion wie folgt auf den Punkt:

*„(...) Massenarbeitslosigkeit resultiert in der Sicht Neoklassik daraus, wenn Arbeiter/innen mehr verlangen (einen zu hohen Lohn) als sie verdienen, und bei Marx und Kalecki verwenden Kapitalisten/innen die Waffe der Arbeitslosigkeit um Arbeiter/<innen davon abzuhalten, das zu bekommen, was sie verdienen.“ (Pollin 1998: 5f [Eigene Übersetzung])*

Darüber hinaus sieht Marx in hoher Arbeitslosigkeit auch ein revolutionäres Potenzial (Verelendungstheorie), wonach Arbeitgeber/innen ein Interesse haben müssten, Arbeitslosigkeit in einem gewissen Ausmaß zu begrenzen. Konträr dazu unterstellt Kalecki Arbeitgeber/innen ein Unbehagen mit einer Situation der Vollbeschäftigung, mit der ebenfalls politische Veränderungen einhergehen würden. In der Tradition von Keynes grenzt sich Kalecki darüber hinaus mit dem Nachfrageeffekt der Arbeitslosigkeit von den anderen Theorien deutlich ab.

*Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei Marx und Kalecki*

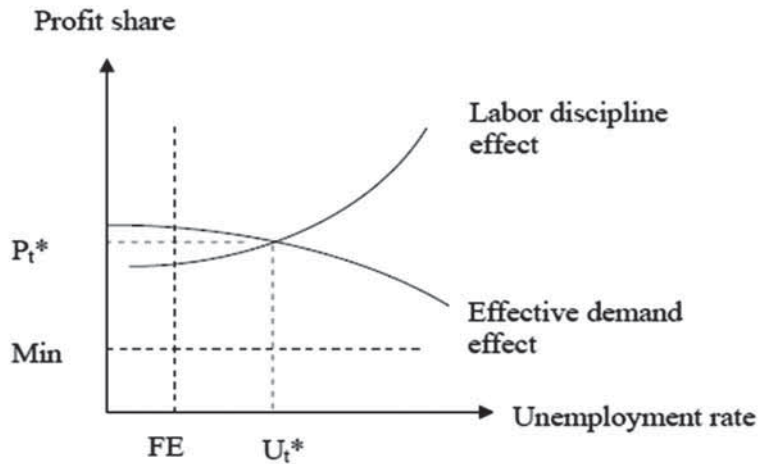
Milan (2012) integriert beide Effekte der Arbeitslosigkeit in ein Modell und veranschaulicht die Auswirkungen auf die Gewinnquote als Indikator der Macht der Arbeitgeber/innen. Beim Disziplinierungseffekt wird angenommen, dass die höhere Arbeitslosigkeit zu mehr „Arbeitseifer“ bzw. zu einer höheren Produktivität führt, da die Arbeitnehmer/innen den Arbeitsplatzverlust stärker fürchten. Gleichzeitig werden angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auch niedrigere Löhne akzeptiert, was die Lohnstückkosten senkt und die Profite erhöht. Umgekehrt führt eine Vollbeschäftigungssituation (FE in Abbildung 1) zu einem geringen Disziplinierungseffekt, zu höheren Löhnen und zu einer geringeren Gewinnquote. Wichtig zu sehen ist, dass der Zusammenhang nicht linear verläuft. Bei sehr hoher Arbeitslosigkeit wird die Kurve steiler und bedeutet, dass kleine Anstiege der Arbeitslosigkeit zu einem starken Anstieg der Profite bzw. der Disziplinierung führen.

Auf der anderen Seite bedeuten geringe Löhne geringeren Konsum und somit geringere effektive Nachfrage. Hierbei wird

*sinkende  
Nachfrage bei  
steigender  
Arbeitslosigkeit*

angenommen, dass privater Konsum die wichtigste Komponente von effektiver Nachfrage ist und Luxusgüter eine vernachlässigbare Größe vom BIP sind (was zumindest in *wage-led-regimes* zutrifft). Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeutet, dass Löhne sinken, was Aufträge und Kosten für Betriebe ebenfalls sinken lässt. Wenn durch den Nachfragerückgang die Aufträge und somit die Umsätze schneller sinken als die Löhne, bedeutet dies eine niedrigere Gewinnquote (absteigende Nachfragekurve in Abbildung 1).

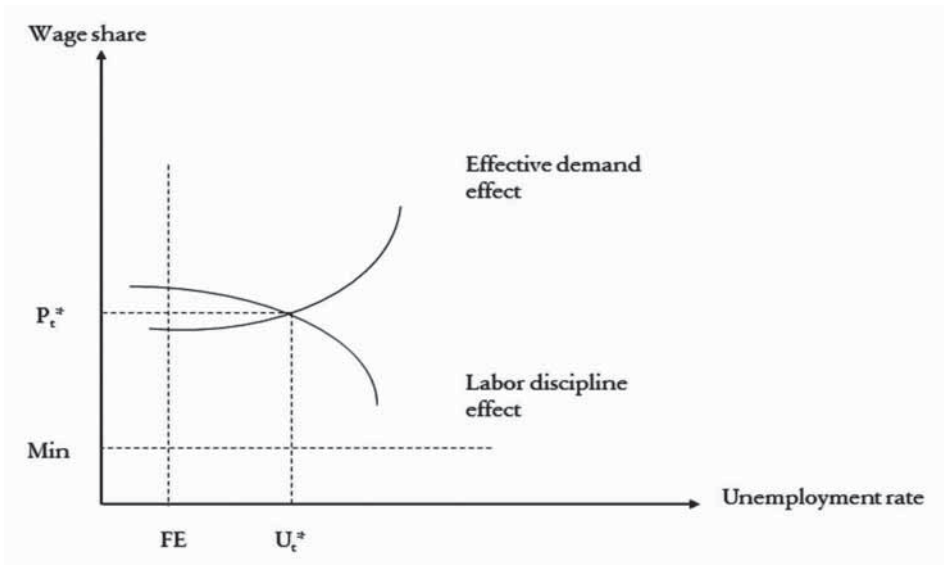
Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Gewinnquote und Arbeitslosenquote



Quelle: Entnommen aus Milan (2012: 11). Anmerkungen: FE = Full employment.

Spiegelbildlich kann das Modell auch für die Lohnquote dargestellt werden, die die Macht der Gewerkschaften oder der Arbeitnehmer/innen ausdrückt (Kalecki 1943) (siehe Abbildung 2). Demnach führt bei hoher Arbeitslosigkeit der Disziplinierungseffekt zu einer geringeren Lohnquote. Da der Rückgang der Nachfrage schneller sein wird als die Senkung der Lohn- und Nicht-Lohnkosten, wird der Nachfrageeffekte zumindest kurzfristig zu einer höheren Lohnquote führen. Praktisch gesprochen bedeutet dies, dass die (höhere) Lohnquote noch von der guten Auftragslage des Vorjahres profitiert und Anpassungen über die Lohnverhandlungen erst in den Folgejahren stattfinden.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Lohnquote und Arbeitslosenquote



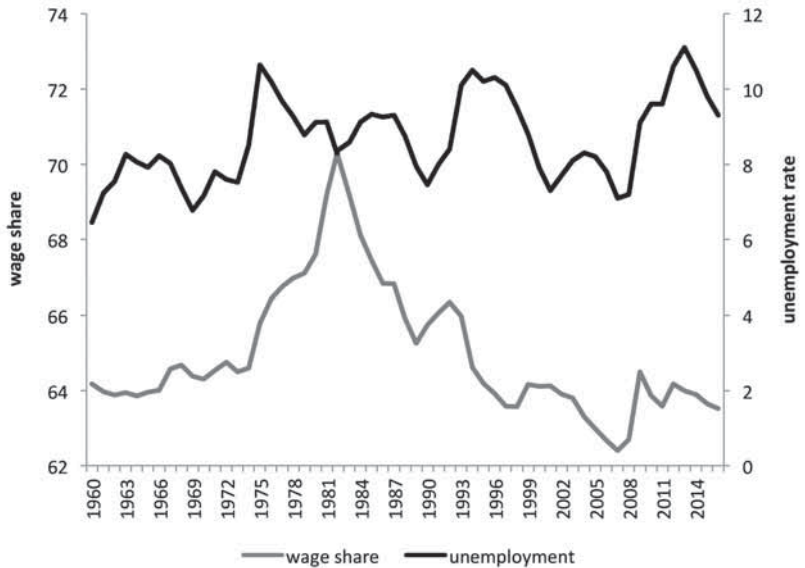
Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkungen: FE = Full employment.

## 6. Entwicklung von Lohnquote und Arbeitslosigkeit

Im folgenden Abschnitt soll ein kurzer empirischer Überblick der diskutierten Zusammenhänge erfolgen. Wir bleiben zu diesem Zeitpunkt auf einer rein deskriptiven Ebene, ohne auf ökonometrische Methoden zurückzugreifen. In Abbildung 3 ist die Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung und der Arbeitslosigkeit für die EU-15 dargestellt. In dieser aggregierten Darstellung zeigt sich ein gleichzeitiges Sinken der Lohnquote bei einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Seit dem Jahr 1975 sank die Lohnquote von rund 72 % auf rund 63 % des BIP. Gleichzeitig stieg in der EU-15 die Arbeitslosenquote von 3,8% auf rund 9%. Dies bedeutet, dass ab den 1970er Jahren eine Schwächung der Macht der Arbeitnehmer/innen, gemessen an der Lohnquote, zu beobachten ist. Trifft das vorangestellte Erklärungsmodell zu, dann steht dieser Machtverlust in engem Zusammenhang mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU.

*Lohnquote sinkt bei steigender Arbeitslosigkeit*

Abbildung 3: Entwicklung Lohnquote – Arbeitslosigkeit EU-15, 1960–2015



Quellen: AMECO, eigene Berechnungen.

*unterschiedliche  
Entwicklung  
in Europa*

Die aggregierte Darstellungsform bzw. die Durchschnittswerte in EU-15 verschleiern die hohe Heterogenität, die zwischen den Ländern und in der Zeitreihe vorhanden ist. So ist nicht in allen Ländern der EU-15 eine rückläufige Lohnquote, welche den Machtverlust der Arbeitnehmer/innen ausdrückt, beobachtbar. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg verzeichnen einen Anstieg. Zu berücksichtigen gilt es jedoch, dass Luxemburg im Jahr 1960 mit knapp 49% eine vergleichsweise niedrige Lohnquote hatte, welche in den 1970ern in einer Phase der Vollbeschäftigung deutlich anstieg und sich seit den 1980er Jahren zwischen 55% und 59% eingependelt hat. In den Niederlanden und Belgien war hingegen auch das Ausgangsniveau mit 62,9% bzw. 61,7 relativ hoch. In diesen beiden Ländern stieg die Lohnquote über 70% in den 1970er Jahren, wo ebenfalls zumindest bis 1975 eine relativ gute Arbeitsmarktsituation vorherrschte.

Auf der anderen Seite hatten die Länder mit dem höchsten Rückgang der Lohnquote, nämlich Irland, Griechenland und



Finnland, ein vergleichsweise hohes Ausgangsniveau. Im Jahr 1960 betrug die Lohnquote in Irland 74,7%, in Griechenland 82,6% und in Finnland 74,9. Dennoch bleibt der Machtverlust der ArbeitnehmerInnen zumindest in Irland von 74,4% auf 45,3% offensichtlich dramatisch. Auf den ersten Blick erscheint der Arbeitslosigkeitsanstieg um 3,7 Prozentpunkte seit 1960 und damit ein möglicher Zusammenhang mit der sinkenden Lohnquote nicht besonders stark. Irland verzeichnete jedoch zwischen 1980 und 1996 sowie in der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen 2009 und 2014 erhebliche Arbeitslosigkeitsanstiege, wo die Arbeitslosenquote deutlich über 10% kletterte. Erst im letzten Jahr sank die Arbeitslosenquote in Irland auf 9,4%. Es ist daher naheliegend, dass die hohe, anhaltende Arbeitslosigkeit in den 1980er und 1990er Jahren die Arbeitnehmer/innen massiv schwächte. Die Lohnquote sank von 72,9% im Jahr 1981 auf 57% im Jahr 1997. Anders gelagert ist die Situation in Griechenland, wo die Arbeitslosenquote erstmals 1998 über 10% stieg und sich erst seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise dramatisch zuspitzte. Seit dem Jahr 2012 liegt die Arbeitslosenquote in Griechenland bei über 20%. Finnland scheint wiederum ein eigener Fall zu sein, da eine schwierige Arbeitsmarktsituation mit Arbeitslosenquoten über 10% erst im Jahr 1992 eintrat und bis Anfang 2000 anhielt. Zwischen dem Jahr 1992 und 2002 sank die Lohnquote von 71% auf 59,5%.

In den letzten Jahren gab es vermehrt empirische Arbeiten, die auf eine sinkende Lohnquote sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern verweisen. In Bezug auf die Ursachen gibt es jedoch unterschiedliche Befunde. So führen die Arbeiten von IMF (2007), OECD (2012, 2015) und der Europäischen Kommission (EC, 2007) die sinkende Lohnquote vor allem auf technologische Veränderung und auf die Globalisierung zurück. Einen breiten Erklärungsansatz bieten ILLS (2011), ILO (2012) und Stockhammer (2009), die neben technologischer Veränderung und Globalisierung auch noch Finanzialisierung, Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsinstitutionen sowie eine Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften anführen. Für einen sehr langen Zeitraum kann Kristal (2010) den Einfluss der Produktivität, des Streikvolumens und der (Süd-)Importe auf die Veränderung der Lohnquote in 16 Industriestaaten nachweisen.

*verschiedene  
Erklärungen  
für fallende  
Lohnquoten*

## 7. Fazit

*Arbeitslosigkeit  
hat Einfluss auf  
Machtverhält-  
nisse*

Der vorliegende Artikel ging den Fragen nach, welcher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Machtverhältnissen besteht und ob bei hoher Arbeitslosigkeit Kürzungen von Löhnen leichter durchzusetzen seien? Theoretisch wurde dies auf Basis von verschiedenen Erklärungsansätzen von Marx, Kalecki und der Neoklassik beantwortet. Alle drei Denkschulen schreiben der Arbeitslosigkeit eine gewisse Disziplinierungsfunktion zu, die zu einem Machtverlust der Interessensvertretungen der Arbeitnehmer/innen beiträgt. Höhere Arbeitslosigkeit führt demnach zu einer höheren Gewinnquote bzw. zu einer niedrigeren Lohnquote. Kalecki verweist jedoch auf die makroökonomischen Auswirkungen, womit höhere Arbeitslosigkeit mit sinkender Nachfrage einhergeht und somit zumindest kurzfristig die Gewinnquote sinkt bzw. die Lohnquote steigt. Dies bedeutet, dass bereits auf theoretischer Ebene die Frage nicht eindeutig zu beantworten ist. Auch wenn Arbeitslosigkeit zu einem Machtverlust der Arbeitnehmer/innen beiträgt und somit die Verhandlungsmacht bei Lohnabschlüssen schwächt, kann der Nachfrageeffekt dennoch (zumindest kurzfristig) zu einer Erhöhung der Lohnquote führen. Ob nun der Disziplinierungs- oder der Nachfrageeffekt überwiegt, kann nur empirisch beantwortet werden und hängt stark von länderspezifischen Institutionen bzw. Entwicklungen ab.

Empirisch haben erste deskriptive Auswertungen der EU-15 im Zeitraum 1960 bis 2015 gezeigt, dass die Lohnquote seit Mitte der 1970er Jahre sinkt und gleichzeitig ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist. Dies deutet eine Machtverschiebung, von den Arbeitnehmer/innen zu den Arbeitgeber/innen, an, die in Zusammenhang (zumindest grafisch) mit der steigenden Arbeitslosigkeit steht. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass in Hinblick auf die interessierenden Variablen eine hohe Heterogenität in der EU-15 besteht und Durchschnittswerte diese sowohl zwischen den Ländern als auch im Zeitverlauf verschleiern. Inhaltlich könnten zukünftige Forschungsarbeiten daran anknüpfen und versuchen, den Disziplinierungseffekt besser abzubilden. Um die hohe Heterogenität zwischen den Ländern in den Griff zu bekommen, wäre es möglich, in einem ersten Schritt die Länder durch eine Clusteranalyse (siehe dazu Bacher et al. 2010) zu gruppieren und dann die unterschiedlichen Entwicklungspfade

darzustellen. Als Orientierung bieten sich hierbei sowohl die Wohlfahrtsstaatsmodelle (Esping-Andersen 1990), *Labour market regimes* (u.a. Eichhorst et al. 2010; Sturn 2013) oder auch die Unterscheidung zwischen *wage-led*- und *profit-led-Regimen* (Lavoie/Stockhammer 2012; Onaran/Galanis 2012) an.

Politisch scheint es auf Basis der vorliegenden Ausarbeitungen offensichtlich, dass die hohe Arbeitslosigkeit die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer/innen schwächt. Es wäre daher eine wichtige Strategie für die Interessenvertretungen von Arbeitnehmer/innen, dem Thema der Arbeitslosigkeit hohe Aufmerksamkeit zu geben und zu versuchen, transnationale Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie auch transnationale Strategien in der Lohnpolitik (Pernicka/Glassner 2014) zu implementieren.

*Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtigstes Ziel!*

#### Anmerkungen

1. „Im Großen und Ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.“ (MEW 23:587)
2. Eine Annahme, die Keynes (1939: 49) als „a bit of a miracle“ bezeichnete.
3. Im Englischen verwenden Shapiro/Stiglitz den Ausdruck „to shirk“, der nur unzureichend ins Deutsche übertragen werden kann. Im Folgenden werden dafür die Synonyme „drücken“ oder „meiden“ verwendet.

#### Literatur

- Altzinger, W. (2011): Macht – das „Eisbergphänomen“ der Ökonomie. Kurswechsel, 2 / 2011: 53–62.
- Arulampalam, W. (2001): Is Unemployment Really Scarring? Effects of Unemployment Experiences on Wages. *The Economic Journal*, 111 (475), 585–606.
- Bacher, J. / Pöge, A. / Wenzig K. (2010): Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren. 3. Aufl. München: Oldenbourg.
- Bell, D.N.F. / Blanchflower, D. G. (2011): Young people and the Great Recession. *Oxford Review of Economic Policy*, 27 (2), 241–267.
- Blanchard, O. / Illing, G. (2009): Makroökonomie. 5. Auflage. Pearson Studium, München.
- Braverman, H. (1974): *Labor and Monopoly Capital: The Degradation of Work in the Twentieth Century*. Monthly Review Press.
- Burawoy, M. (1979): *Manufacturing Consent: Changes in the Labor Process Under Monopoly Capitalism*. Chicago: University of Chicago Press.
- Davidson, P. (2000): There are major differences between Kalecki's theory of employment and Keynes's general theory of employment interest and money. *Journal of Post Keynesian Economics*, 23 (1), 3–25.
- EC (European Commission) (2007): *The labour income share in the European Union. Employment in Europe 2007* (Brussels, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities), pp. 237–72.
- Eichhorst, W. / Feil, M. / Marx, P. (2010): *Crisis, What Crisis? Patterns of Adaptation in European Labor Markets*. IZA Discussion Paper 2582, 5045. Bonn: IZA.

- Esping-Andersen, G. (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Feigl, G. / Marterbauer, M. / Rehm, M. (2012): Einkommensverteilung und Krise. *WuG*, 38 (2), 357–367.
- Gregg, P. (2001): The Impact of Youth Unemployment on Adult Unemployment in the NCDS. *The Economic Journal*, 111 (475), 626–653.
- Heise, A. (2015): Vollbeschäftigung in Europa – Vision oder Illusion? *WISO*, 38 (2), 153–173.
- Jahoda, M. / Lazarsfeld, P.F. / Zeisel, H. (1975 [1933]): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- IMF (2007): *The Globalization of Labor*, IMF World Economic Outlook, April, Chapter 5. 161–192.
- ILS (2011): *World of Work Report 2011. Making markets work for jobs*. Geneva: ILO.
- ILO (2012): *Global Wage Report 2012/13. Wages and equitable growth*. Geneva: ILO.
- Kalecki, M. (1943): Political Aspects of Full Employment. *Political Quarterly*, 19 (4), 322–331.
- Kalecki, M. (1965 [1991]): Degree of Monopoly and Distribution of Income. In: *Collected Works of Michael Kalecki. Volume II. CAPITALISM Economic Dynamics*. Oxford: Clarendon Press, 203–348.
- Kalecki, M. (1987): *Michael Kalecki. Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933–1971. Postkeyneisansche Ökonomie Band 2*. Marburg: Metropolis.
- Keynes, J. (2007 [1936]): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- Keynes, J. (1939): Relative movements of real wages and output. *Economic Journal*, 49 (193), 34–49.
- Krystal, T. (2010): Good Times, Bad Times: Postwar Labor's Share of National Income in Capitalist Democracies. *American Sociological Review*, 75 (5), 729–763.
- Lavoie, M. / Stockhammer, E. (2012): Wage-led growth: Concept, theories and policies. *Conditions of Work and Employment Series No. 41*. ILO.
- Leoni, T. / Lorenz, C. / Keppelmüller, M. / Marcher, A. (2015): *Wirkmodell Krankenstand*. Wien: WIFO.
- Mankiw, N.G. (2003): *Makroökonomik. 5. Auflage*. Schäffer-Poeschel. Stuttgart.
- Marx, K. (1890/1962): *Das Kapital Bd.1–3*. In: *Marx Engels Werke (MEW)* 23–25. Dietz Verlag.
- Milan, M. (2012): *Class Conflict, Unemployment, and Income Distribution*. Paper präsentiert im Rahmen der FMM Conference. Online: [http://www.boeckler.de/pdf/v\\_2012\\_10\\_25\\_milan.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/v_2012_10_25_milan.pdf) [12.08.2016].
- OECD (2012): *Labour Losing to Capital: What Explains the Declining Labour Share?* OECD Employment Outlook, Chapter 3. 109–161.
- OECD (2015): *The Labour Share in G 20 Economies*. Report prepared für the G 20 Employment Working Group. Turkey, 26–27 February 2015.
- Onaran, Ö./Galani, G. (2012): Is aggregate demand wage-led or profit-led? National and global effects. *Conditions of Work and Employment Series No. 40*. ILO.
- Pacitti, A. (2011): Efficiency Wages, Unemployment, And Labor Discipline. *Journal of Business & Economics Research*, 9 (3), 1–10.
- Pernicka, S. / Glassner, V. (2014): Transnational strategies of trade unions towards wage policy. A neoinstitutional framework. *European Journal of Industrial Relations*, 20(4), 317–334.
- Pissarides, C. (2000): *Equilibrium Unemployment Theory*. MIT Press, Cambridge, Mass.

- Pollin, R. (1998): The "Reserve Army of Labor" and the "Natural Rate of Unemployment": Can Marx, Kalecki, Friedman and Wall Street All Be Wrong? *Review of Radical Political Economics*, 30 (3), 1–13.
- Riese, M. (2016): Kazimierz Laski (1921–2015): ein engagierter Kaleckianer. *WuG*, 42 (1), 119–131.
- Romer, P. / Jones, C. (2009): The New Kaldor Facts: Ideas, institutions, population and human capital. NBER Working Paper 15094.
- Rothschild, K. W. (2002): The absence of power in contemporary economic theory. *The Journal of Socio-Economics*, 31, 433–442.
- Rubinstein, M. (1990): *Bargaining and Markets*. Academic Press.
- Rugitsky, F. M. (2013): Degree of monopoly and class struggle: political aspects of Kalecki's pricing and distribution theory. *Review of Keynesian Economics*, 1 (4), 447–464.
- Shapiro, C. / Stiglitz, J. (1984): Equilibrium Unemployment as a Worker Discipline Device. *The American Economic Review*, 74 (3), 433–444.
- Sturn, Simon (2013): Are corporatist labour markets different? Labour market regimes and unemployment in OECD countries. *International Labour Review*, 152 (2), 237–254.
- Stockhammer, E. (2009): Determinants of functional income distribution in OECD countries. *IMK Studies*. Hans-Böckler-Stiftung.